

CH_VB 92.3312 vom 7. Juni 1993

Bundesverwaltung, 1993-06-07, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_92.3312

FR: CH_VB 92.3312 du 7 juin 1993

IT: CH_VB 92.3312 del 7 giugno 1993

Erwägungen

E. 7

juin 1993

E. 8

Comment, selon le Conseil fédéral, serait-il possible de mener à bien les nombreuses recherches et autres activités ayant trait à une production ménageant l'environnement, à l'écologie du paysage et à la garantie de la qualité des produits agricoles?

E. 9

Auch bei einer möglichen Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten werden deren Aktivitäten im Bereich des Vollzuges der gesetzlichen Aufgaben gesamtschweizerisch gewährleistet #ST# 92.3312 Interpellation Baumann Landwirtschaftliche Forschungsanstalten Stations de recherches agricoles Diskussion - Discussion Siehe Jahrgang 1992, Seite 2784 - Voir année 1992, page 2784 92.3315 Interpellation Hämmerle Landwirtschaftliche Umweltforschung Recherche agronomique sur l'environnement Diskussion - Discussion Siehe Jahrgang 1992, Seite 2785 - Voir année 1992, page 2785 92.3349 Interpellation Grossenbacher Schliessung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Liebefeld-Bern Fermeture de la station d'essais agricoles de Liebefeld-Berne Diskussion - Discussion Siehe Jahrgang 1992, Seite 2786 - Voir année 1992, page 2786 93.3151 Postulat Zölch Neue Aufgaben für die Forschungsanstalt Liebefeld Nouvel les tâches pour la station de recherches de Liebefeld Wortlaut des Postulates vom 18. März 1993 Der Bundesrat wird eingeladen: - in Anbetracht der notwendigen Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung (BLW und Buwal); - mit Rücksicht auf die gesamtschweizerische Koordination ökologischer Forschungsanliegen in der Landwirtschaft; - in Anbetracht der notwendigen Zusammenarbeit unter den betreffenden Institutionen in den verschiedenen Sprachgebieten (insbesondere Romandie);

7. Juni 1993 N 1067 Landwirtschaftliche Forschungsanstalten. Vorstösse - unter Würdigung der im In- und Ausland anerkannt guten Aufgabenerfüllungen, zu prüfen, ob der bestehenden Forschungsanstalt Liebefeld (FAC) - insbesondere bei der Umsetzung von Artikel 31 b des Landwirtschaftsgesetzes - neue, zukunftsweisende Aufgaben zugewiesen werden könnten. Texte du postulat du 18 mars 1993 Le Conseil fédéral est invité: - étant donné la nécessité d'une collaboration au sein de l'administration fédérale (Ofag et Ofefp); - vu le besoin de coordonner, au niveau national, la recherche environnementale dans le domaine de l'agriculture; - étant donné la nécessité d'une collaboration entre les établissements concernés dans les différentes régions linguistiques (surtout en Suisse romande); - compte tenu de la qualité reconnue en Suisse et à l'étranger du travail de la station de recherches, à examiner la possibilité d'attribuer à la station de recherches de Liebefeld (FAC) de nouvelles tâches axées sur l'avenir, en particulier en ce qui concerne la

mise en oeuvre de l'article 31 b de la loi sur l'agriculture. Mitunterzeichner-Cosignataires: Aubry, Daepf, Etique, Fehr, Fischer-Häggingen, Grossenbacher, Hafner Rudolf, Hari, Rohrbasser, Rychen, Schmied Walter, Segmüller, Seiler Hanspeter, Wiederkehr, Zwygart (15) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort. Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 12. Mai 1993 Déclaration écrite du Conseil fédéral du 12 mai 1993 Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Präsident: Wir behandeln die sechs Vorstösse 92.3098, 92.3111, 92.3312, 92.3315, 92.3349 und 93.3151 zusammen. Baumann: Unsere Landwirtschaft steht vor einer neuen Epoche: Eine neue Wirtschaftsstruktur, eine neue Umweltsituation, neue Wünsche und Bedürfnisse des Souveräns und eine völlig neue politische Konstellation prägen schon heute den «neuen Bauern», den modernen Landbewirtschaftler. So wie der Subsistenzbauer sukzessive vom unternehmerischen Landwirt abgelöst wurde, so wartet heute auf den versierten und vielseitig orientierten Agrarspezialisten eine grundlegend modernisierte, den vielen sozialpolitischen und ökologischen Neuerungen angepasste Landbewirtschaftung. Abkehr vom einseitigen Ertragsdenken und eine stärkere Gewichtung der ökologischen Zusammenhänge sind angesagt Es versteht sich von selbst, dass die sieben landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, mit einem Kreditvolumen von rund 100 Millionen Franken jährlich, ihre Tätigkeit auf diese neue Landwirtschaft, auf die neue Agrarpolitik ausrichten müssen. Wenn man aber feststellen muss, dass beispielsweise das Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Oberwil (BL) bereits Leute entlassen musste, dass die Forschungsanstalt für Agrikulturchemie und Umwelthygiene in Liebefeld-Bern möglicherweise geschlossen werden soll, dann kommen doch erhebliche Zweifel auf, ob die Forschung in der Agrar- und Landschaftsökologie tatsächlich verstärkt werden soll, wie das der Bundesrat in seiner Antwort auf meine Motion darlegt Die Umstellung auf integrierte oder biologische Anbauformen, im Zusammenhang mit den neuen Direktzahlungen gemäss Artikel 31a und 31 b Landwirtschaftsgesetz, zeigt deutlich, dass Grundlagen zur Ausrichtung der Oekobeiträge an allen Ecken und Enden fehlen. Welche Praktiken sind nun wünschenswert? Welche Richtung ist in der veränderten Umwelt ratsam? Braucht es zusätzliche Lenkungsabgaben auf landwirtschaftlichen Hilfsstoffen? Wo und in welchem Zusammenhang sind wirtschaftliche Anreize nötig? Fragen über Fragen, auf die es im Moment keine Antworten gibt. Ich erwarte vom Bundesrat andere Zeichen als Kreditkürzungen bei der Forschung für den biologischen Landbau oder die Schliessung der umweltfreundlichen Forschungsanstalt Liebefeld, wenn er die agrarökologische Forschung wirklich - so wie er das darlegt - verstärken will. Hämmerle: Die Landwirtschaftspolitik muss umgebaut werden in Richtung Extensivierung, Oekologisierung. Dies ist ein Konsens, aber der Konsens beschränkt sich auf die verbale Ebene und auf das Papier. Der Gesetzauftrag ist ebenfalls klar: Artikel 31 b Landwirtschaftsgesetz, die ökologische Landwirtschaft also, soll die gleiche Bedeutung erhalten wie Artikel 31 a, die allgemeinen Direktzahlungen. Aber in der praktischen Umsetzung dieser neuen Politik hapert es sehr. Es läuft wenig bis nichts. Ein Beispiel dafür sind die Bundesratsbeschlüsse vom letzten April, wo die Gesetzesbestimmungen in die Verordnung hätten umgesetzt werden sollen. Dort aber kommt die Oekologie kaum mehr vor. Ein anderes, ebenso trauriges Beispiel ist die landwirtschaftliche Forschung. Die Forschung sollte der Motor des Umdenkens und auch des «Umhandelns» sein. Wenn dem so ist, muss die agrarökologische Forschung eine Schlüsselposition in der Agrarpolitik einnehmen. Die agrarökologische Forschung musste ein deutlich grösseres Gewicht

erhalten als die konventionelle Agrarforschung. Dies geht übrigens auch aus dem McKinsey-Bericht zur Agrarforschung klar hervor, welcher eigentlich nur die agrarökologische Forschung als ausbauwürdig und -fähig betrachtet. Und nun soll ausgerechnet die einzige eidgenössische Forschungsanstalt, die sich schwerpunktmässig mit der Agrarökologie befasst - Liebefeld nämlich -, geschlossen werden. Trotzdem beteuert der Bundesrat, die landwirtschaftliche Umweltforschung werde dadurch nicht leiden, im Gegenteil, sie solle noch verstärkt werden. Alle Indizien und alle Erfahrungen der letzten Monate weisen aber auf das Gegenteil hin. Auch aus der Antwort des Bundesrates auf unsere Interpellationen lässt sich kein einziger konkreter Hinweis ableiten, dass die landwirtschaftliche Umweltforschung ausgebaut statt abgebaut werden soll. Was geschieht beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Oberwil, der wichtigsten privaten Forschungseinrichtung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft? Die Bundesbeiträge werden gekürzt, obwohl sie schon heute im Vergleich zu den Kosten der bundeseigenen Forschungsanstalten, die eben wenig bis gar keine agrarökologische Forschung betreiben, unglaublich klein sind. Das Verhältnis zwischen der Forschung im Biolandbau und der allgemeinen Forschung beträgt etwa 1 zu 90. Um es ganz deutlich zuzusagen: Wir wissen, dass auch in der landwirtschaftlichen Forschungspolitik gespart werden muss und gespart werden kann. Wir wehren uns nicht einmal dagegen, dass einzelne Anstalten geschlossen werden. Aber innerhalb der Agrarforschung muss die Agrarökologie das grösste Gewicht haben, weil die Forschung zukunftsgerichtet sein muss und weil der ökologischen Landwirtschaft die Zukunft gehört. Deshalb darf die Anstalt Liebefeld nicht geschlossen werden, und deshalb müssen die Beiträge an das Forschungsinstitut in Oberwil massiv aufgestockt statt abgebaut werden - wenn nötig zu Lasten der konventionellen Agrarforschung. Frau Grossenbacher: «Die Forschungsanstalt Liebefeld soll geschlossen werden! Will der Bund bei der bäuerlichen Umweltforschung sparen?» So stand es bereits im August 1992 in einer grossen schweizerischen Zeitung zu lesen. Die kleinste der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, die Forschungsanstalt für Agrikulturchemie und Umwelthygiene Liebefeld-Bern (FAC), soll aus Spargründen geschlossen werden. Die FAC widmet sich, wie Sie wissen, in erster Linie Umweltproblemen, und zwar seit Jahren. Im Jahre 1982 wurden zum Beispiel die Schwermetalleinträge in die Landwirtschaftsböden durch Müll- und Klärschlammkomposte kritisiert. Folgen davon waren der Erlass der Klärschlammverordnung und die Festsetzung von Grenzwerten.

Stations de recherches agricoles. Interventions 1068 N 7 juin 1993 Das sind praxisnahe Ergebnisse langjähriger und auch im Ausland als beispielgebend betrachteter Forschung. In all diesen Arbeitsbereichen arbeitet die FAC bei Vollzugsaufgaben sehr eng mit dem Buwal, dem Umweltschutzpartner auf Bundesebene, zusammen, was durch den Standort Bern sehr wohl zu einer Erleichterung des unumgänglichen Kontaktes zwischen diesen beiden Bundesstellen führt. In meiner Interpellation ist eine meiner Fragen, ob die Verzettlung dieser Forschung auf andere Forschungsanstalten sinnvoll ist. Diese Frage hat der Bundesrat nicht beantwortet. Weshalb soll nun die FAC als eigenständige Institution aufgelöst werden, solange diese Frage nicht geklärt ist? Die FAC beschäftigt sich in bezug auf die Agrarökologie nicht nur mit Pflanzenbau, sondern ganzheitlich mit dem Landwirtschaftsbetrieb, auch mit Tieren, mit dem Boden und mit dem Einfluss der Nichtlandwirtschaft, zum Beispiel mit den Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Landwirtschaft. Ich befürchte, dass eine Verzettlung der FAC auf die anderen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten diese ganzheitliche Sicht und Arbeitsweise empfindlich

stören würde. Noch eine Frage: Soll nun mit der geplanten Verlegung der FAC nach Zürich-Reckenholz und mit der Fusionierung mit der dortigen Forschungsanstalt für Pflanzenbau die ganze Umwelt- und Landwirtschaftsforschung im Grossraum Zürich stattfinden? Damit würden wir den idealen Standort Bern aufgeben. Bern ist eine Brücke zwischen Deutsch- und Welschschweiz und, wie ich bereits bemerkt habe, in der Nähe des Bundesamtes für Landwirtschaft und des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft. Es besteht eine enge Forschungs- und Lehrverknüpfung mit der Universität Bern und mit der Schweizerischen Ingenieurschule für Landwirtschaft in Zollikofen. Im Grossraum Bern-Solothurn sind für Feldversuche alle Landwirtschaftszonen vorhanden: Jura, Mittelland und Voralpen. Eine weitere Frage, die nicht zufriedenstellend beantwortet wurde: Die FAC ist die einzige der sieben Forschungsanstalten, welche eine Forschergruppe stellt, die ausschliesslich aus Frauen besteht, nämlich jene der Bodenbiologie. Eine Aufhebung der FAC hätte auch eine Auflösung dieser Forschergruppe zur Folge. Wie lässt sich dies mit dem Frauenförderungsprogramm des Bundesrates und des Personalamtes vereinbaren? Mit der Verlegung der FAC nach Zürich würde nämlich das Frauenteam der Bodenbiologie mit Sicherheit auseinanderfallen, da mindestens die Hälfte dieser Frauen aus familiären Gründen an die Region Bern gebunden ist. Die FAC Liebefeld ist heute die national und international anerkannte, renommierte Forschungsanstalt für landwirtschaftliche Umweltforschung mit eingespielten Arbeitsteams. Bei einer Auflösung und Verlegung der FAC gehen mindestens fünf Jahre verloren, bis wieder gute, brauchbare agrarökologische Erkenntnisse gewonnen werden. Diese Stop-and-go-Politik ist nicht verantwortbar, wenn der ökologische Schwerpunkt des 7. Landwirtschaftsberichtes heute glaubwürdig vollzogen werden soll. Deshalb bitte ich den Bundesrat, sich diese Auflösung sehr gut zu überlegen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral:

La rationalisation du travail des stations de recherches agronomiques n'est pas une question administrative, elle n'est pas une question financière seulement. Elle est beaucoup plus significative, elle doit porter sur le fond, c'est-à-dire sur la responsabilité que la Confédération doit assumer en matière de recherche agronomique, d'accents nouveaux mis dans cette recherche agronomique, de solutions anciennes peut-être abandonnées. Mais la priorité de nos préoccupations, pour le Conseil fédéral, est de faire que la qualité de notre travail de recherche soit de haute signification et qu'elle puisse servir quotidiennement les paysans et l'agriculture de ce pays, aujourd'hui et demain, comme on l'a fait jusqu'à aujourd'hui. Que l'on soit extrêmement clair sur ce point, le Conseil fédéral - quelles que soient les exigences légitimes de rationaliser ce secteur de la recherche, de réaliser des économies dans ce secteur - ne réalisera pas ces économies au détriment de la qualité de ce que nous avons à faire, notamment dans la recherche sur l'écologie et sur l'agriculture biologique qui sont des domaines majeurs de l'agriculture d'aujourd'hui, et surtout de l'agriculture de demain. C'est dans ce sens que la Commission consultative pour les stations fédérales de recherches agronomiques, que nous avons commise pour réexaminer les missions des stations de recherches agronomiques, s'est prononcée pour un premier projet visant à intégrer la FAC à la FAP sur la base des principes suivants: a. Le développement de la recherche sur l'environnement, le développement de la production écologique, le développement des recherches en matière d'exploitation moins intensive, puis extensive, le développement de la recherche sur la protection des espèces, sur la production intégrée et sur les cultures biologiques, c'est sa première conclusion, ce sont là des recherches qui doivent être non seulement maintenues au niveau actuel, mais bien davantage renforcées. b. En revanche, il faut réduire et mieux spécialiser la recherche dans

le domaine de la culture végétale. Nous avons obtenu d'excellents résultats dans ce domaine, il y en a d'autres à obtenir, on peut certainement y parvenir par une meilleure utilisation de nos moyens, par une rationalisation du travail de ces stations de recherches et par la suppression de doubles emplois, voire de triples emplois, qui apparaissent ici ou là dans le travail de nos stations de recherches. c. La commission a postulé le maintien de l'engagement dans la production animale. Si la production végétale paraît, en effet, mériter quelques rationalisations de son organisation, la production animale, elle, doit être grosso modo maintenue. d. La restructuration partielle de la Station de recherches d'économie d'entreprise et de génie rural de Tänikon, en raison d'une plus grande activité dans les domaines de la bio-énergie et de l'économie agraire. Sur la base de cette proposition, l'Ofag a examiné d'autres solutions qui permettraient, en respectant strictement ce cahier des charges prioritaire, de parvenir au même résultat qu'avec le transfert des recherches de Liebefeld à Zurich-Reckenholz. Ces solutions seraient le maintien d'une certaine forme d'activité à Liebefeld, première solution alternative; et autre solution alternative, c'est le maintien des sept stations avec un partage nouveau de leurs compétences. Il apparaît au Conseil fédéral aujourd'hui - mais de grâce, ne me faites pas dire ce que je n'ai pas dit, il ne s'agit pas d'une décision du Conseil fédéral, il s'agit d'une première appréciation - que le premier projet serait le plus judicieux. D'abord - et je réponds à Mme Grossenbacher au passage - parce qu'il permettrait justement à Zurich-Reckenholz une concentration - vous m'entendez bien, Madame Grossenbacher - de tout ce type de recherche qui, actuellement à Liebefeld, n'a pas les moyens matériels, les espaces et les terrains, pour s'accomplir complètement et qui devrait donc être, pour continuer d'être développé, séparé ou divisé entre Liebefeld et Zurich-Reckenholz. La solution numéro un permet précisément une concentration future de ce type d'activité à Zurich-Reckenholz, et c'est quelque chose d'extrêmement important. Deuxièmement, l'intégration prévue avec cette solution permettrait les effets de synergie, au plan administratif sans doute, mais au plan professionnel également, parce qu'elle donnerait à cette station qui aurait ses autres activités un influx, un contact direct, un esprit qui permettrait de prolonger, d'étendre, d'amplifier l'effet que l'on obtient aujourd'hui à Liebefeld en milieu un peu plus fermé et certainement plus limité. En effet, il existe à Zurich-Reckenholz une station qui dispose de l'infrastructure nécessaire pour 150 à 160 emplois et 72 hectares de terre en propre, c'est véritablement une dimension qui permet le passage de la théorie du laboratoire, de la recherche pure, à l'application dans le terrain. Et ça, c'est un immense privilège, si nous voulons être pratiques, si nous voulons être ouverts, si nous voulons répondre à l'attente non pas des scientifiques seulement, mais des paysans de ce pays, que de leur apporter des solutions concrètes et pratiques. Cette synergie, nous l'obtiendrions à Zurich-Reckenholz. La place qui serait libérée à Liebefeld - mais ça n'est pas un argument essentiel - serait certainement bienvenue pour

7. Juni 1993 N 1069 Postulat Hari d'autres emplois et, par conséquent, Liebefeld ne serait pas devenu un lieu mort et fermé, il occuperait d'autres activités et il continuerait à représenter pour le canton et la ville de Berne, qui est la capitale fédérale, et ses environs, une activité; par conséquent, il ne faut pas craindre un exode comme celui de quelques offices fédéraux qui gagneront demain Granges, Neuchâtel ou Bulle. Le Conseil fédéral est décidé à trouver une qualité d'exploitation des stations de recherches qui soit meilleure. Il souhaite parvenir à une rationalisation, mais cette dernière ne se fera à aucun prix et en aucune raison au détriment de la recherche fondamentale et de la recherche appliquée en matière, je le répète, d'environnement, de production écologique, d'exploitation moins

intensive et ensuite extensive, de protection des espèces, de production intégrée et de culture biologique. De cela, je me porte garant, car je serais en contradiction avec le 7e rapport sur l'agriculture, avec tout ce que nous avons discuté dans cette enceinte, parfois avec passion, quant à l'application de l'article 31 a et surtout quant à l'application de l'article 31 b de la loi sur l'agriculture, si je me mettais à envisager dans ce domaine - qui est celui de l'avenir - des réductions, des coupes sombres qui ne nous permettraient plus d'apporter l'irrigation intellectuelle, la réflexion et les solutions aux paysans de ce pays qui doivent les appliquer. C'est dans cet esprit, respectueux de l'essentiel, que les formules de rationalisation peuvent être trouvées. Permettez-moi de vous dire in fine que le Conseil fédéral ne prendra sa décision -je parle bien de sa décision, j'ai parlé de ses intentions pour l'instant - qu'après avoir eu plusieurs contacts définitivement conduits avec les milieux intéressés, c'est-à-dire l'agriculture et la recherche. Je songe à ce qui se fait en matière de recherche agronomique aussi, bien sûr, en dehors de ces stations. Je songe en particulier à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich - c'est le premier type de contact -, avec le personnel des stations, et notamment avec celui de Liebefeld, parce que nous ne sommes pas en train de jouer avec des schémas ou des organigrammes. Il y a, dans cette maison, une équipe qui travaille d'une manière serrée et rigoureuse. Nous ne voulons pas démanteler cette équipe, nous voulons lui trouver un nouveau lieu d'expression. Mais ça ne se fait pas par décision administrative, sans que nous ayons, posément et de manière approfondie, discuté, au niveau du chef du département, avec cette équipe, lorsque nos convictions seront suffisamment formées. Enfin, la moindre reconnaissance que je doive, et que le Conseil fédéral doive, va au Conseil d'Etat bernois, aux municipalités bernoises et aux communes intéressées. Il s'agit aussi de les consulter et d'avoir un dialogue avec elles. Ce n'est qu'au bout de tout ce processus que le Conseil fédéral dira oui ou non à cette première variante et qu'il fera ses choix définitifs. Vous pouvez donc être assurés, Mesdames et Messieurs qui avez déposé une intervention personnelle, de deux choses: la première, c'est que le fond est intégralement maintenu et même développé, que la rationalisation de notre travail ne se fera pas au détriment des objectifs majeurs que nous devons maintenir; la deuxième, c'est que nous ne prendrons pas notre décision dans le camp retranché de la séance du Conseil fédéral du mercredi matin, mais seulement après que nous aurons été au front, encore une fois, et que nous aurons discuté dans un dialogue ouvert avec les intéressés par ces opérations. Telles sont les deux certitudes que je peux vous apporter aujourd'hui, dans la volonté du Conseil fédéral d'aller de l'avant, et d'aller de l'avant, je crois, intelligemment, et sans casser des choses qu'il serait absurde et inadmissible de casser.

Motion 92.3098 Ueberwiesen aïs Postulat-Transmis comme postulat Postulat 93.3151 Ueberwiesen - Transmis #ST# 92.3113 Postulat Hari Ausmerzbeiträge an Viehhalter. Sparmassnahmen 1992 Contributions à l'élimination du bétail. Programme d'économies 1992 Wortlaut des Postulates vom 18. März 1992 Der Bundesrat wird ersucht, die Bergbauern nicht in ihrer Existenz durch Kürzung und Abschaffung der Ausmerzbeiträge zu bedrohen und seinen diesbezüglichen Entscheid (Sparmassnahmen 1992) zu überprüfen. Texte du postulat du 18 mars 1992 Le Conseil fédéral est prié d'éviter que l'existence des paysans de montagne soit menacée par la réduction et la suppression des contributions à l'élimination de bétail, et de réexaminer la décision prise à cet égard au titre du programme d'économies 1992. Mitunterzeichner - Cosignataires: Berger, Blatter, Bühler, Si meon, Bundi, Bürgi, Columberg, Engler, Hämmerle, Jäggi Paul, Kühne, Leu Josef, Luder, Müller, ScherrerWerner, Schni- der, Schwab, Seiler Hanspeter, Steinegger, Wittenwiler, Zölch (20) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Die

Viehaufzucht ist für den Bergbauern der wichtigste Betriebszweig. Fallen die Ausmerzbeiträge im Berggebiet weg, werden die Bergbauern in ihrer Existenz bedroht. Der Erlös von Zucht- und Schlachtvieh bildet das Haupteinkommen der Bergbauern. Ausweichmöglichkeiten gibt es praktisch keine, da die Milchkontingente, wenn überhaupt vorhanden, doch recht bescheiden sind. Dank den öffentlichen Massnahmen zugunsten des Viehabsatzes aus dem Berggebiet konnten die Zuchtprodukte zu annähernd befriedigenden Preisen abgesetzt werden. Von grosser Bedeutung ist auch, dass an den Ausmerzaktionen Tiere abgesetzt werden können, die sich nicht für die Weiterzucht eignen. Der grösste Teil dieser Tiere geht an die Weitermast ins Unterland, wo die Futterbeschaffung billiger ist. Auf diese Weise funktioniert die Arbeitsteilung zwischen Berg- und Talbauern bestens. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Mai 1992 Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 mai 1992 Der Bundesrat hat in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, die Berglandwirtschaft zu unterstützen. Die beiliegende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Ausgaben für die wichtigsten Massnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft. Daraus geht hervor, dass sich die Ausgleichszahlungen seit dem Jahre 1980 mehr als verdoppelt haben. Insgesamt wurden 1991 über eine Milliarde Franken für verschiedene Beitragsmassnahmen ausgerichtet, wobei 74,6 Prozent ins Hügel- und Berggebiet flössen. Insbesondere sind auch die Ausgaben zur Förderung des Viehabsatzes (Ausmerzaktionen, Entlastungskäufe, Exportbeiträge) stark angestiegen. Diesen Massnahmen kommt für die Berglandwirtschaft mit ihrer stark auf die Viehwirtschaft ausgerichteten Produktion besondere Bedeutung zu. Die Ausmerzbeiträge wurden Anfang der sechziger Jahre vor allem aus tierzüchterischen Gründen eingeführt. Mit diesen Beiträgen sollte ein Anreiz geschaffen werden, nicht den züchterischen Anforderungen entsprechende Aufzuchttiere auszumergen. Inzwischen hat die Tierzucht ein beachtliches Niveau erreicht, und die Massnahme hat daher zusehends ihren ursprünglichen Zweck eingebüsst. Sie hat heute weitgehend die Funktion einer Preisstützung für Schlachttiere.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Baumann Landwirtschaftliche Forschungsanstalten Interpellation Baumann Stations de recherches agricoles In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1993 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 06 Séance Seduta Geschäftsnummer 92.3312 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 07.06.1993 - 14:30 Date Data Seite 1066-1069 Page Pagina Ref. No 20 022 809 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.